



Kantonsrat

Kantonsrat verlangt Handyverbot an Zürcher Schulen

31.08.2026, 12.00 Uhr

Mit einer knappen Mehrheit hat sich das Kantonsparlament für strengere Regeln im Umgang mit digitalen Geräten ausgesprochen. Die Nutzung etwa privater Smartphones auf dem Schulareal soll untersagt werden.

Artikel anhören:

- 1.0x +

00:00

04:12



AI Voice by BotTalk



Startseite



Mehrwerte



Region



Konto



Menü



Die Initianten eines Handyverbots erhoffen sich von einem kantonalen Verbot eine deutliche Entlastung im Schulalltag.

Symbolbild: Keystone

Der Zürcher Kantonsrat hat am Montagmorgen einen Vorstoss für ein kantonales Handyverbot an der Volksschule überwiesen. Die Regierung muss nun entsprechende verbindliche Richtlinien prüfen.

Weiterlesen nach der Anzeige



Startseite



Mehrwerte



Region

Werbung

**Internet-Super-Deal - Bis zu 50% Rabatt! Hol dir jetzt Highspeed Internet von Sunrise**[Jetzt zugreifen](#)

Der Kantonsrat hat sich am Montagmorgen mit einer knappen Mehrheit für strengere Regeln im Umgang mit digitalen Geräten ausgesprochen. Mit 92 zu 82 Stimmen bei zwei Enthaltungen überwies das Parlament ein Postulat, das verbindliche kantonale Richtlinien fordert.

Demnach soll die Nutzung privater Smartphones, Tablets und Notebooks durch Schülerinnen und Schüler auf dem Schulareal untersagt werden. Durch diese Überweisung erhält der Regierungsrat nun den Auftrag, innert zweier Jahre einen entsprechenden Bericht auszuarbeiten.

Das von SVP und EDU eingereichte Postulat verlangt eine Ausweitung des Verbots auf alle Stufen vom Kindergarten bis zum Ende der neunten Klasse. Die Regelung soll nicht nur für die eigentliche Unterrichtszeit gelten, sondern auch die Pausen sowie sämtliche Tages- und Betreuungsstrukturen der Schulen und Gemeinden umfassen. Die Postulanten argumentieren, dass bereits die bloße Anwesenheit von Smartphones die Konzentration massiv beeinträchtigt.

Widerstand gegen kantonale Einheitslösung

Startseite



Mehrwerte



Region

Trotz der Annahme zeigte sich im Kantonsrat ein gespaltenes Bild. Während die Befürworter von einer notwendigen Klärung sprachen, wehrten sich mehrere Fraktionen gegen eine Einheitslösung. David Garcia Nuñez (AL, Zürich) sprach sich vehement gegen ein pauschales Handyverbot aus, und auch die FDP-Fraktion lehnte den Vorstoss ab.

Nadia Koch (GLP, Rümlang) erkannte zwar die Problematik an, betonte jedoch, dass eine kantonale Regelung der falsche Weg sei und die Verantwortung vor Ort bei den einzelnen Schulen liegen müsse.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) warnte davor, dass eine starre Lösung von oben den Schulen den Spielraum für eigene Regelungen nehme. Die EVP forderte stattdessen die Förderung der Medienkompetenz und kritisierte den Vorstoss als Symbolpolitik.

Die Grünen beschlossen Stimmfreigabe, während die Mitte-Partei die Überweisung als Prüfauftrag an die Regierung unterstützte, was letztlich ausschlaggebend für die knappe Mehrheit war.

Stress, Schlafprobleme und Mobbing

Die Initianten erhoffen sich von einem kantonalen Verbot eine deutliche Entlastung im Schulalltag. Private Geräte würden immer wieder zu Disziplinarproblemen und aufwendigen Diskussionen mit den Eltern führen. Zudem verwiesen die Postulanten auf den Umstand, dass eine dauernde Bildschirmnutzung zu Stress und Schlafproblemen führe sowie Mobbing und Gruppendruck unter den Jugendlichen verstärke.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Befürworter ist die Beseitigung des aktuellen Flickenteppichs bei den Schulregeln. Bislang handhaben die einzelnen Gemeinden im Kanton Zürich das Thema sehr unterschiedlich, was für Unsicherheit Sorge. Schulen mit handyfreiem Alltag würden von mehr Ruhe und einem deutlich besseren Lernklima berichten. Die Volksschule werde dadurch als Lernort gestärkt.

[Startseite](#)[Mehrwerte](#)[Region](#)

Ausnahmen für pädagogische Zwecke

Obwohl das Postulat strenge Regeln für die Schulen fordert, sieht es spezifische Ausnahmen vor. Die Nutzung soll weiterhin erlaubt bleiben, wenn dies aus gesundheitlichen Gründen zwingend erforderlich ist. Ebenso ausgenommen sind schulisch verwaltete Geräte, die für den Unterricht benötigt werden. Wenn der digitale Einsatz durch die Schule selbst gesteuert wird, dürfen die Geräte weiterhin im Klassenzimmer verwendet werden.

Im Zentrum des geforderten Verbots stehen somit ausschliesslich die privaten Smartphones mit ihren unkontrollierbaren Apps. Der Regierungsrat muss dem Parlament nun aufzeigen, wie eine verbindliche kantonale Richtlinie ausgestaltet werden könnte, ohne die von Kritikern befürchtete Einschränkung der kommunalen Autonomie zu überstrapazieren. *(sda)*

Kommentare



Noch keine Kommentare. Geben Sie die erste Meinung zum Artikel ab.



Startseite



Mehrwerte



Region